

K-3-1496-2 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg

Beschlussdatum: 09.02.2021

Änderungsantrag zu K-3

Von Zeile 472 bis 475:

Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können.

Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen - auch über Telemedizin - zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.

~~Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.~~

Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich sein. Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden. Wir kämpfen weiterhin für die Legalisierung von und Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten Werbeverbots im Paragraphen 219a StGB sowie des Paragraphen 218 auf Bundesebene, der abtreibende Personen und Ärzt*innen kriminalisiert und stigmatisiert. Hinzukommend muss auch der Zugang zu Kontrazeptiva durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern.

Die Methoden des medikamentösen Schwangerschaftsabbruches sowie der Vakuumaspiration werden aktuell nicht explizit in der ärztlichen Weiterbildungsordnung erwähnt. Diese Punkte müssen in die ärztliche Weiterbildungsordnung bei der Ärztekammer Berlin aufgenommen werden.

Nicht nur die medizinische Ausbildung, sondern auch die medizinische Forschung braucht finanzielle Förderung im Land Berlin, inklusive des Ausbaus der Professuren und Lehrstühle zu Reproduktionsmedizin und gynäkologischer Endokrinologie, welche aktuell in Deutschland vermehrt abgebaut werden.

Letztlich müssen Schwangerschaftsabbrüche schon in Schulen im Rahmen einer geschlechtergerechten Aufklärung thematisiert werden.